

Carl Ganahl – ein Revolutionär?

Ulrich Nachbaur

Vortrag auf Einladung der Rheticus-Gesellschaft am 10. März 1999 in Feldkirch (Palais Liechtenstein).

Carl Ganahl war eine faszinierende Persönlichkeit.¹ Er gehörte zur zweiten Generation der Vorarlberger Textilindustrie. Sein Vater Johann Josef Ganahl wuchs noch im Montafon auf. 1797 heiratete er Susanne Keßler und eröffnete in einem Feldkircher Bürgerhaus in der Marktgasse, das sein Schwiegervater erworben hatte, ein „Material- und Colonialwarengeschäft“. Noch im selben Jahr erhielt Johann Josef Ganahl das Bürgerrecht. Wenig später starb seine erste Frau und er heiratete in die angesehene und vermögende Apothekerfamilie Clessin ein. Seine Frau Maria Anna schenkte 14 Kindern das Leben, wovon jedoch fünf im Kleinkinderalter starben.

Ganahl kaufte unter anderem Rohbaumwolle ein und gab sie im Verlag an bäuerliche Haushalte zum Spinnen weiter, bis die Handarbeit von Maschinen verdrängt wurde. 1819 wollte Ganahl in der Au, im alten Gewerbegebiet vor den Stadtmauern, eine mechanische Spinnerei errichten, doch der Stadtmagistrat winkte ab: Die Kraft der Ill sei durch mehr als 40 Wasserräder bereits voll ausgenützt. So beteiligte sich Ganahl an einer Fabrik in Bludenz. Als diese abbrannte, gelang es ihm, die

Landesfabrikbefugnis nach Feldkirch zu übertragen und 1833 am Kanal seine erste eigene Fabrik in Betrieb zu nehmen.

Im Jahr zuvor hatte er Carl, dem drittältesten von fünf Söhnen, die Leitung des Handelsgeschäftes übertragen. Nun konnte der 25jährige Carl Claudia Wegeler zur Frau nehmen und damit ebenfalls in eine einflussreiche Feldkircher Familie einheiraten. Dem Paar waren fünf Kinder beschieden, als Stammhalter die beiden Söhne Rudolf und Arnold.

Die Ausbildung Carl Ganahls ist unklar. Es heißt, er habe vor Lehrjahren in der Schweiz das Feldkircher Gymnasium besucht. Doch in den Schulmatrikeln, die in der „Alemannia Studens“ veröffentlicht sind, fehlt er. Jedenfalls wollte sich der junge Carl selbst beweisen und gründete 1836 gemeinsam mit Fidel Wohlwend, dem gleichaltrigen Sohn eines Kornhändlers, an der Samina in Frastanz ebenfalls eine Spinnerei und eine Weberei. Mit Ende 1841 schied Wohlwend aus dem Unternehmen aus. Zwei Jahre später, nach dem Tod des Vaters, übernahm Carl zudem die Leitung des väterlichen Unternehmens und baute an verschiedenen Standorten ein kleines Industrieimperium auf.

Auch gesellschaftlich hatte sich Carl Ganahl bereits etabliert: 1838 zog der 30jährige in den Stadtmagistrat ein und übernahm die Aufsicht über das Militär- und Schützenwesen. Im Jahr darauf wurde er zum Assessor des Schützenvorstandes und zum Hauptmann der neu gebildeten „Bürgergarde“ gewählt. Diese Schützenkompanie entstand auf Anregung Erzherzog Johanns und ist im Zusammenhang mit den Bemühungen zu sehen, das Schützenwesen wieder aufzubauen, das nach dem Volksaufstand von 1809 zerschlagen worden war. Die Feldkircher Schützengesellschaft hatte diese Zäsur gut überstanden. Mit bürgerlichem Selbstbewusstsein blickte sie bereits auf eine 450jährige Tradition zurück. Die Wahl zum Oberschützenmeister bedeutet daher für Carl Ganahl 1841 einen weiteren Karriereschritt, zumal vier Jahre später mit einer neuen Schießstandordnung für Tirol und Vorarlberg die Reform des Standschützenwesens eingeleitet wurde. Die neuen „K.k. Standschützen-Gesellschaften“ waren halbstaatliche Einrichtungen - ähnlich den Feuerwehren heute. Sie sollten das Rückgrat einer Landesmiliz bilden, wie sie früher von den Landständen organisiert worden war.

Weitere öffentlichen Funktionen folgten: 1842 wurde Carl Ganahl zum ersten Obervorsteher der neugegründeten Feldkircher Sparkasse gewählt,

1850 zum ersten Handelskammerpräsidenten ernannt und 1861 in den neueröffneten Landtag gewählt. Die meisten Funktionen übte er bis zum Tod aus; zum Teil gingen sie für Generationen in „Erbpacht“ der Familie Ganahl über. Carl Ganahls Vater, sein Bruder Franz und sein Sohn Arnold waren zudem insgesamt 22 Jahre Bürgermeister.

Als Carl Ganahl 1889 mit 82 Jahren starb, war er bereits eine Legende. Doch erst nach 1918 fand ein Ereignis Eingang in unsere Geschichtsbücher, mit dem sich Carl Ganahl den Nimbus eines „Revolutionärs“ erwarb.

I.

Zu Jahresbeginn 1848 glich Österreich einem Pulverfass. Der Polizeistaat des allmächtigen Staatsministers Metternich war morsch und wirtschaftlich am Ende; weithin herrschte Not. In vielen Staaten rumorte es. Im nahen Großherzogtum Baden forderte das Volk Pressefreiheit, Schwurgerichte, Vereinsfreiheit, Volksbewaffnung, ein deutsches Parlament. Von Paris sprang der revolutionäre Funke auf Wien über.

Am 13. März 1848 wollten aufgebrachte Studenten, Bürger und Arbeiter den niederösterreichischen Landständen in der Wiener Herrengasse ein Forderungsprogramm überbringen. Im Tumult begann das Militär zu schießen. Die Folge war ein allgemeiner Volksaufstand. Metternich floh nach England. Kaiser Ferdinand sah sich gezwungen, am 15. März Pressefreiheit zu gewähren, die bürgerlichen Nationalgarden anzuerkennen und eine „Konstitution“ – die Garantie bürgerlicher Mitbestimmungs- und Freiheitsrechte in einer geschriebenen Verfassung – in Aussicht zu stellen.

Ähnliches wie in Wien – wenn auch weit weniger dramatisch – ereignete sich am 18. April 1848 in Feldkirch. Kreishauptmann Johann von Ebner hatte die eilig delegierten Landesrepräsentanten ins Feldkircher Rathaus eingeladen. Doch bald nach Beginn der Tagung trug der Zuhörer Carl Ganahl mit lautstarker Anhängerschaft eine Petition vor, mit der eine Legitimierung des Landtages durch „Urwahlen“ gefordert wurde. Ebner sah sich gezwungen, die Sitzung abubrechen und allgemeine Wahlen auszuschreiben. Diese Feldkircher „Sturmpetition“ begründete den Revolutionsmythos.

1922 veröffentlichte Paula Geist das Standardwerk zur „Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49“. Es wurde vor dem Hintergrund der

Anschlussbestrebungen ans Deutsche Reich verfasst, die von der Industrie massiv unterstützt wurden. Geist kam zum Schluss, dass 1848/49 für Vorarlberg „positiv“ den „Beginn eines starken Deutschtums“ bedeute,² das ihm für die Zukunft den Weg weise. Den nachmals mächtigen liberalen Fabrikanten Carl Ganahl stilisierte sie zu einer wegweisenden Schlüsselfigur, die unterstützt von Arbeitern den kaiserlichen Kreishauptmann in die Knie zwang und die undemokratischen Standesrepräsentanten das Fürchten lehrte. Dass ein Mann wie Ganahl Kreishauptmann Ebner Feind sein musste, zumal dieser offensichtlich den Tiroler Anschlussgedanken unterstützte, könne – so Paula Geist – nur bedingt auf das Schuldenkonto eines Mannes gesetzt werden, „dem Konstitution und Freiheit, Fortschritt und Deutschtum als erstrebenswertes Ziel galten.“³

Carl Ganahl ein glühender Großdeutscher? Ein verwegener Vorstreiter für Vorarlbergs Unabhängigkeit von Tirol? Der an der Spitze seiner Arbeiter für die Ideale der Revolution und gegen einen reaktionären Kreishauptmann auf die Barrikaden stieg? Der beim Volk so „beliebt“ war, dass von Strafverfahren gegen ihn aus Furcht vor einem Aufruhr abgesehen werden musste?

Lassen Sie uns der Legende auf den Zahn fühlen. Fragen wir uns zunächst, worum es 1848 politisch eigentlich ging.

Vielleicht eröffnen uns die Erfahrungen der „Europäischen Revolution“ von 1989 einen günstigen Zugang zu den Ereignissen vor 150 Jahren. Damals wie heute ging es unter anderem um Integrations- und Verfassungsfragen auf drei Ebenen:

- Ziel der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt war es, aus einem lockeren Deutschen Bund von rund 40 Staaten einen demokratischen Bundesstaat zu formen – wobei eine der Kernfragen war, inwieweit das österreichische Vielvölkerreich eingebunden werden kann.
- Aufgabe des österreichischen Reichstages war es, der Habsburgermonarchie eine geeignete Verfassung zu geben.
- Der Vorarlberger Landtag verfolgte das Ziel, eine demokratische Mitbestimmung auf regionaler Ebene zu erreichen und Vorarlberg eine eigene, von Tirol unabhängige parlamentarische Vertretung zu sichern.

Nun, das Frankfurter Parlament konnte seine Doppelaufgabe einer Staats- und Verfassungsschöpfung nicht meistern. Der Traum der deutschen Einheit in Freiheit unter Habsburgs Führung ging nicht in Erfüllung. Auch der österreichische Reichstag tat sich enorm schwer, einen nationalen und sozialen Ausgleich zu finden. Als die bürgerlichen Revolutionen erlahmten oder niedergeschlagen wurden und die landesfürstlichen Regierungen im Frühjahr 1849 wieder Oberhand gewannen, da waren die Tage der Parlamente gezählt, setzte in Österreich der Absolutismus wieder zur Gegenoffensive an.

Doch blenden wir ein Jahr zurück. – Im Frühjahr 1848 herrschte noch Euphorie über die „Märzerrungenschaften“. Das kaiserliche Patent wurde in Feldkirch mit großem Jubel begrüßt, wenn auch viele seine Bedeutung nicht verstanden.

„Konstitution“ war für unsere Vorfahren ein Fremdwort, mit dem die meisten nur ungefähre Vorstellungen verbanden. (Wie wir heute mit der „Agenda 2000“.) - Zum Teil dürften die Errungenschaften auch bewusst missverstanden worden sein. Ich denke an die zahlreichen Klagen der Behörden, dass „Pressfreiheit“ als Freiheit von staatlicher Pression verstanden werde, als Zoll- und Steuerfreiheit.

Die neuen Freiheiten verunsicherten. Wie konnten und sollten die Freiräume genutzt werden?

Am 30. März 1848 ersuchten die Bürgermeister von Feldkirch und Bregenz den Kreishauptmann, die Wahl der „Reichsstände“ durchführen zu lassen. Gedacht war wohl, die Vertreter zum „Reichslandtag“, dessen Einberufung der Kaiser ebenfalls angekündigt hatte, vom Landtag entsenden zu lassen. Zudem drängte ein viel größeres Problem: Mailand und Venedig waren im Aufstand, das Königreich Piemont hatte den Krieg erklärt. Es galt, die Grenzen Tirols, und vielleicht auch Vorarlbergs, zu sichern und dafür nach Jahrzehnten (wie 1799 oder 1809) wieder eine Landesmiliz zu mobilisieren. Das war traditionell Aufgabe der Landstände.

Aber die Landstände gab es nur noch auf dem Papier. Ja, vor 200, 300 Jahren waren sie wichtige Partner der Landesregierung gewesen, ähnlich dem Gemeindeverband heute. Doch als sie vor 40 Jahren von den Bayern, denen Vorarlberg zugefallen war, aufgehoben wurden, waren die Stände nur noch ein Schatten ihrer selbst gewesen. Mehr Erfüllungsgehilfen, denn Partner. Seit langem hatten die kaiserlichen Verwaltungschefs – in Tirol der

Landesgouverneur, in Vorarlberg sein Kreishauptmann – gleichzeitig als Ständechefs agiert. Die Bayern fügten Vorarlberg in einen modernen Verwaltungsstaat ein; und die Wiener Regierung behielt die bayerischen Errungenschaften nach der Rückkehr Vorarlbergs zu Österreich bei. Nur widerwillig und halbherzig wurden die Vorarlberger Stände 1816 wiedererrichtet, und ohne Einbeziehung von Hohenems, Lustenau, Blumenegg und St. Gerold, die nie zu den Landständen gezählt hatten, nun aber staatsrechtlich in das Kaisertum Österreich integriert wurden. Doch die Reaktivierung der Landstände blieb ohnehin eine Farce. Noch ist unklar, inwieweit sie überhaupt tätig wurden. Ausgeschiedene Repräsentanten durften nicht nachnominiert werden. So sind im Provinzial-Handbuch 1848 nur noch vier von ihnen ausgewiesen, die anderen - und die ständischen Beamten - als „nicht ernannt“.⁴

Die meisten Akteure des Jahres 1848 kannten also die alten Landstände nur aus Erzählungen oder aus der ersten Landeskunde, die Pater Meinrad Merkle, der Rektor des Feldkircher Gymnasiums, 1839 aus dem Nachlass seines Priesterfreundes Franz Josef Weizenegger herausgab.

Kreishauptmann Ebner wusste nicht recht, wie die Standesrepräsentanten bestellt werden sollen. Er studierte vergeblich alte Akten und befand schließlich, dass sie durch die Gemeindevorsteher und Gemeindeausschüsse gewählt werden sollen.

Nun meldeten sich „mehrere patriotische Unterländer“ mit einem Flugblatt aus Bregenz zu Wort und forderten, die Vertreter zur „Reichsstände-Versammlung“ durch gleiches und allgemeines Wahlrecht zu ermitteln. Es sei nicht einzusehen, weshalb große Standesbezirke wie Dornbirn ebenso nur einen Mandatar stellen sollen, wie die weit kleineren Städte oder gar Kleinstbezirke wie Neuburg. Zudem solle jeder „in allen bürgerlichen Rechten stehende Vorarlberger“ ab 21 Jahren ohne Unterschied des Standes, des Vermögens und der Religion „Urwähler“ sein.⁵ – Die Verfechter von „Urwahlen“ beriefen sich auch auf Weizenegger, der in seiner Landeskunde irrtümlich überlieferte, die Landammänner seien als Standesrepräsentanten früher allgemein und stets auf diese Weise bestellt worden. Hinzu kommt, dass wenig später die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung nach allgemeinem Wahlrecht ausgeschrieben wurden, was die Verunsicherung noch erhöhte.

Eine Feldkircher Gruppe – wohl um Bürgermeister Wohlwend – erkannte die Forderungen an, vertrat aber die Verfassungskontinuität: Der Landtag solle aufgrund der bestehenden Verfassung bestellt werden und dann dem Landesfürsten eine neue Wahlordnung vorschlagen. Für die Öffentlichkeit der Sitzung sei gesorgt, zudem dränge die Landesverteidigung zur Einberufung der Stände. Oberschützenmeister Ganahl hingegen erklärte, die Schießstände unternähmen keinen Schritt zur Landesverteidigung, bevor nicht ein Landtag durch Urwahlen bestellt sei. Am Tag vor der Konstituierung ließ er Kreishauptmann Ebner in Bregenz eine entsprechende Petition hunderter Bürger aus Feldkirch und Umgebung zustellen. Ebner wollte die Sitzung nicht mehr absagen. Eine Aussprache führte zu keinem Erfolg und so kam es zur Sprengung der Ständerversammlung am 18. April. Die Ständerepräsentanten, die auf unterschiedlichste Weise delegiert worden waren, drängten nun ebenfalls auf Urwahlen.

Dieser Auftritt Ganahls wurde bisher meist als Angriff gegen Kreishauptmann Ebner gedeutet. – Ebner als herrischer Gessler und Ganahl ein Wilhelm Tell?

II.

Wir wissen längst, dass Ebner vielleicht eine konservative Staatsauffassung vertrat, aber gewiss kein Reaktionär war. So schrieb er Anfang März 1848 in sein Tagebuch: „*Wird unser blöde Fürst Metternich allein gegen den Strom zu schwimmen sich noch länger unterstehen? Wird diese Schlafhaubenregierung nicht bald den Abschied erhalten?*“⁶ Der Industrialisierung war der Pragmatiker Ebner nicht nur aufgeschlossen, er investierte selbst Kapital in verschiedene Unternehmen. Seinerzeit hatte er bei der Regierung auch für das Feldkircher Fabrikprojekt des alten Ganahl interveniert. Ebner förderte die Wirtschaft, bekämpfte aber zugleich die „*unmenschliche*“ Kinderarbeit in den Feldkircher Fabriken als kapitalistische Ausbeutung und „*Sklaverei*“.⁷ Gerhard Wanner vermutete, dass Ganahl 1848 dafür Rache nahm. Doch Ebner sah dieses Motiv nicht. Er war völlig überrascht.

Ebner pflegte mit der Familie Ganahl an sich durchaus intakte Beziehungen. Ende Februar 1848 war er bei Carl Ganahl im Anstutz Feldegg zu Gast gewesen, wo sie sich über das Drunter und Drüber im revolutionären Paris unterhielten. Und noch wenige Tage vor dem Feldkircher „Tumult“ suchte

Ganahl Ebner in Bregenz auf und ersuchte ihn dringend, etwas gegen das Ausfuhrverbot von Silbermünzen zu unternehmen, das alle Geschäfte verunmögliche und zu Fabrikschließungen führen müsse. Der Kreishauptmann setzte sich einfach über das Ausfuhrverbot der Regierung hinweg.

Noch vor wenigen Monaten hatte Ebner Ganahl vor Nachstellungen der Geheimpolizei ausdrücklich in Schutz genommen. Ganahl hatte im Juli 1847 am Eidgenössischen Schützenfest in Glarus teilgenommen, wo sich der protestantische Freisinn zum Schlag gegen den „Sonderbund“ der katholisch-konservativen Kantone sammelte, den Österreich massiv unterstützte. Zur Drohgebärde gehörte eine beachtliche Truppenkonzentration in Vorarlberg. Im November 1847 kam es in der Schweiz zum Bürgerkrieg. Der „Sonderbund“ wurde zerschlagen, Österreich drohte mit einer Intervention.

Die Lage war schon seit langem brisant. Dennoch verwehrte sich Ebner Ende August 1847 vehement gegen eine Überwachung Ganahls. Er werde *„für den tüchtigsten und verständigsten der zahlreichen Feldkircher Fabrikanten gehalten“*, und es sei notorisch, dass er sich gegen seine vielen Fabrikarbeiter *„wirklich großmüthig“* benehme. Vermutlich werde er als Magistratsrat wiedergewählt, wenn nicht zum Bürgermeister. Der Oberschützenmeister sei dem Kaiserhaus treu ergeben. Bei jedem Besuch von Prinzen sei es Ganahl, der alles aufbiete, um ihnen alle möglichen Ehren zu erweisen. Gewiss habe er nur als leidenschaftlicher Schütze am Freischießen in Glarus teilgenommen, *„ohne [...] auch nur entfernt zu denken, der radikalen dortigen Partei damit gefällig zu sein, oder sich irgendwie anzuschließen. Ein soviel besitzender Fabrikant müßte wahrlich wahnsinnig sein, wenn er sich dieser Partei hingeben sollte.“* Nichts sei überflüssiger als eine Überwachung. Solch unverdientes Misstrauen würde Ganahl nur empfindlich kränken und gegen die Regierung aufbringen.⁸ Tatsächlich erhielt Ganahl sofort Wind von der Sache und war sehr erbost.

Ebners Intervention hatte einiges für sich.

In Baden kam es im April 1848 zu einem republikanischen Volksaufstand. Es mag sein, dass es auch in Vorarlberg den einen oder anderen Anhänger einer Republik gab. Das Beispiel der Schweiz lag ja nahe. An Verdächtigungen der Behörden fehlte es nicht. Aus Denunziationen und Spitzelberichten von Stammtischen auf eine breite republikanische

Gesinnung und eine Abkehr von Habsburg zu schließen, wie das Benedikt Bilgeri in seiner Landesgeschichte tat, ist aber völlig verfehlt.

Carl Ganahl war jedenfalls kein Republikaner. Da war sich auch Paula Geist sicher. Inwieweit er von Herzen oder aus Berechnung Anhänger der Monarchie und des Hauses Habsburg war, sei dahingestellt. Jedenfalls ließ kein anderer kaiserlichen Besuchern prächtigere Triumphbögen errichten. Keinem Monarchen widmete seine Schützengesellschaft mehr Ehrenscheiben als Ferdinand „dem Gütigen“. Wenn Ganahl später die eine oder andere städtische Kaiserfeier sabotiert haben soll, müssen wir uns fragen, wen er damit wirklich treffen wollte. Wenn es darum ging, eine kaiserliche Majestät zu empfangen, stand Ganahl jedenfalls immer in der ersten Reihe.

Und wie stand es mit seinem Verhältnis zur Arbeiterschaft?

Ebners Hinweis auf seine Großzügigkeit gegenüber seinen Arbeitern ist bezeichnend – auch wenn sie im Kontrast zu den Klagen über Kinderarbeit steht. Wie sah die Antwort der Zeit auf neue die „Soziale Frage“ aus?

Eine gutgemeinte Antwort versuchten die Gründer der Feldkircher Sparkasse, zu deren erstem Obervorsteher Carl Ganahl 1842 gewählt wurde. Die Sparkassen dienten noch nicht der Sozialreform. Sie folgten noch nicht dem demokratischen Selbsthilfegedanken von Raiffeisen oder Schulze-Delitzsch, die in der Not des Revolutionsjahres ihre ersten Genossenschaften gründeten. Die Sparkassen waren patriarchalische, bevormundende Einrichtungen. Vermögende Bürger oder eine Gemeinde bürgten für die Einlagen kleiner Sparer. Ihre Zielgruppen waren Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, Dienstboten, Tagelöhner, die zum Sparen angehalten werden sollten, um im Alter von Sparsbüchern zehren zu können und nicht unversorgt und verarmt der Gemeinde auf der Tasche zu liegen. Denn die Gemeinden waren für die Armenfürsorge zuständig – was eine Industriestadt wie Feldkirch besonders erpressbar machte.

Und Ganahl scheute sich selbst als Magistratsrat nicht, die kommunale Armenfürsorgepflicht als Druckmittel für seine Interessen einzusetzen. So entließ er im Hungerjahr 1847 42 Arbeiter und drohte mit weiteren Entlassungen, wenn er künftig nicht selbst den Zeitpunkt der jährlichen Holztriftung bestimmen könne, die den Antrieb seines Spinnereirades beeinträchtigte.

Paula Geist schildert uns mit allem Beiwerk, wie Ganahl an der Spitze von Arbeitern die Ständeversammlung im Feldkircher Rathaus sprengte. – Trug es sich wirklich so zu?

An schaulustigem Volk fehlte es nicht. Es war Markttag und die Aufmerksamkeit groß. Ganahl hatte im ganzen Bezirk hunderte Unterschriften sammeln lassen. Christoph Volaucnik bezeichnet seine Petition als „Who is Who“. „Fabrikler“ wurden vermutlich nicht zur Unterzeichnung eingeladen.

Seinem Tagebuch vertraute Ebner an, er könne sich an die Vorgänge im Rathaus nicht mehr genau erinnern. Nach Innsbruck berichtete er aber, dass es „größtentheils Fremde[.] anscheinlich Fabriksarbeiter“ gewesen seien, die in den Saal eindrangen und Ganahl bedrohlich unterstützten.⁹ In anderen Berichten ist davon nicht die Rede.

Ganahl soll später erklärt haben, dass er die Ruhestörer weder bestellt noch bezahlt habe. Das schließt nicht aus, dass er auch Arbeiter als Drohkulisse nützte. Doch wenn er das gezielt tat, dann war es ein riskantes Spiel. – Erst wenige Tage zuvor hatte Ganahl in Frastanz seine unbeliebten Schweizer Fabriktaufseher vor gewaltbereiten heimischen Arbeitern in Schutz nehmen müssen. Und noch weit größer war das Konfliktpotential der vielen Arbeits- und Mittellosen.

Der Aufstand in Lombardo-Venetien, dem Hauptabsatzgebiet der Vorarlberger Textilindustrie, hatte die Arbeitslosigkeit dramatisch ansteigen lassen. Ebner spricht an einer Stelle von 16.000 Arbeitslosen. Insofern ist erstaunlich, dass es nicht einmal in Ansätzen zu Unruhen kam. Bürgermeister Wohlwend regte im Landtag eine Reihe öffentlicher Beschäftigungsmaßnahmen an und empfahl die Einrichtung von Suppenküchen zur Armenauspeisung nach Feldkircher Vorbild. Und nicht von ungefähr richtete der Stadtmagistrat sofort nach Bekanntwerden der Ereignisse in Wien eine „Sicherheitswache“ mit persönlicher Dienstpflicht aller Bürger ein, um Ruhe und Ordnung zu wahren.

Sechs Tage nach dem Tumult im Rathaus begann sich in Feldkirch eine bürgerliche Nationalgarde zu formieren. Ganahls „Bürgergarde“ stellte die erste Kompanie. In einer zweiten Kompanie dominierten die unbeliebten „Finanzer“, die im Revolutionsjahr einen schweren Stand hatten. Die Nationalgarden waren auf „Besitz und Intelligenz“ gegründet; Handwerksgesellen, Dienstboten, Tag- und Wochenlöhner waren von der

allgemeinen Dienstpflicht ausgenommen. Ganahls Nationalgarde diene dem Schutz der Bürgerrechte gegenüber einem Rückfall in den Absolutismus, vor allem aber dem Schutz des bürgerlichen Besitzstandes gegenüber den zahlreichen Brot- und Arbeitslosen.

III.

Ganahl ließ sich bereits zu Lebzeiten nicht ungern für seine großzügigen Wohltaten loben. Hubert Weitensfelder hat bereits darauf hingewiesen, dass diese Spenden und Kredite auch Abhängigkeiten schufen. Von der Abhängigkeit gegenüber dem Fabrikherrn ganz zu schweigen. Nicht umsonst galt Frastanz als „Königreich Ganahlien“.

Bei seiner Intervention in Sachen Glarner Freischießen strich Ebner hervor, Ganahl habe sich auch um das Schützenwesen sehr verdient gemacht, habe vielen armen Schützen in Feldkirch die Anschaffung einer „*gleichheitlichen Kleidung*“ und guter Gewehre ermöglicht. Vier Jahre zuvor hatte Ebner noch weniger günstig nach Innsbruck berichtet: die Feldkircher „*Nazionalgarde*“ - spricht: „Bürgergarde“ - nehme eine „*sehr bösertige Stellung*“ ein und sei ein „*wahres Hülfscorps des anmaßenden, hochmütigen und kecken Magistratsrats Ganahl*“, durch dessen Hilfe er zum Bürgermeister gewählt werde - wie man vermute „*und was man für ein wahres Unglück ansehen würde, weil er mit größter Eigenmächtigkeit eine Menge Angelegenheiten nach seinem Kopfe durchführen, beugen oder brechen würde*“.¹⁰

Ganahl hatte eine große Gefolgschaft, die Zahl seiner Freunde dürfte sich in Grenzen gehalten haben. Viele bewunderten, noch mehr fürchteten ihn. Carl, wie sein Vater und sein jüngerer Bruder Franz, galten als hochmütig und herrisch. Die Quellen vermitteln das Bild neureicher Aufsteiger, die das Feldkircher Patriziat zu übertreffen suchten und gleichzeitig verhöhnten.

Nicht Carl Ganahl, sondern Fidel Wohlwend wurde 1847 zum Bürgermeister gewählt; sein ehemaliger Kompagnon, der aus dem gemeinsamen Unternehmen ausgebootet hatte. Es muss die Frage erlaubt sein, ob Ganahl revoltiert und Volkswahlen gefordert hätte, wenn er Bürgermeister gewesen und zum Standesrepräsentanten gewählt worden wäre – und nicht ausgerechnet sein Rivale Wohlwend, den er als Gastgeber mit der Sprengung der Ständesitzung noch mehr brüskierte als den Kreishauptmann. Wohlwend musste vom Rücktritt abgehalten werden, und

dem perplexen Ebner leuchtete die Erklärung ein, dass die Rivalität mit Wohlwend die Ursache für Ganahls Verhalten gewesen sei.

Weshalb auch immer, meine Damen und Herren: Es war Carl Ganahl, der mit seiner Feldkircher „Sturmpetition“ einer modernen Volksvertretung die Bahn brach.

Ebner ordnet sofort Urwahlen an, durch die jedoch fast durchwegs die bereits nach Feldkirch entsandten Mandatare bestätigt wurden. Während Wohlwend zum Meinungsführer des Landtages avancierte, blieb seinem Ersatzmann Ganahl nur die „außerparlamentarische Opposition“ – und sein Gewicht im Feldkircher Stadtmagistrat, dem wahrscheinlich wichtigsten Zentrum der Landespolitik zur Revolutionszeit.

Der Landtag wurde für den 22. Mai ins ruhige Bregenz einberufen – die Beschlussvorlagen lieferte Feldkirch. Nachdem die Organisation der Landesverteidigung beschlossen war, wurde die Sitzung unterbrochen, um eine Delegation mit einer Treuekundgebung an Kaiser Ferdinand zu entsenden, der aus Wien nach Innsbruck geflüchtet war. Dort trafen die Deputierten auf Ganahl, der an Beratungen über ein Nationalgardegesetz teilnahm. Ganahl konnte es nicht fassen, dass immer noch der Kreishauptmann die ständische Delegation anführte.

Am 5. Juni begann der Landtag mit Beratungen über „*Grundzüge über die provisorischen neuen vorarlbergisch-ständischen Einrichtungen und Volks-Repräsentationen*“.¹¹ Die vom Kaiser erlassene vorläufige Staatsverfassung garantierte nämlich nicht nur die Einrichtung der Provinzialstände; sie wies dem Reichstag gleichzeitig die Aufgabe zu, über Vorschläge der Provinzialstände zu zeitgemäßen Änderungen der bisherigen Landesverfassungen zu beraten. Dem Vorarlberger Landtag lag dafür ein „*Feldkircherentwurf*“ vor,¹² den Wohlwend konsequent vertrat.

Noch einmal griff Ganahl mit Flugblättern in die Landtagsverhandlungen ein. Er forderte die sofortige Wahl eines Ständepräses aus den Reihen der Abgeordneten, die er des „*Servilismus*“, der Unterwürfigkeit, zieh.¹³ Denn nach klarem Sinn und Begriff der Konstitution könne ein jeweiliger Kreishauptmann nie und nimmermehr der Chef einer Volksvertretung sein. Und Wohlwend habe in Feldkirch den Auftrag erhalten, für eine Abwahl Ebners Sorge zu tragen.

Ganahl propagierte einen revolutionären Bruch mit der alten Landesverfassung, den er durch die neue Staatsverfassung legitimiert sah. Wohlwend vertrat weiterhin die Reform. Hatte ihn Ebner zuvor als „entschieden der Tüchtigste unserer ganzen Versammlung“ gelobt,¹⁴ verspottete er ihn nun im Tagebuch als Feigling. Doch Wohlwend musste um Ausgleich in Feldkirch bemüht sein. Gleichzeitig waren auch in Bregenz die Beratungen über den Feldkircher Verfassungsentwurf nicht konfliktfrei. Auseinandersetzungen gab es über die Frage der Wahlkreise, des Sitzes des Landtages oder die Wählbarkeit von Geistlichen einerseits und Nichtkatholiken andererseits. Doch Wohlwend setzte sich durch. Er erreichte unter anderem, dass im Verfassungsentwurf die Wahl des Präses aus den Reihen der Abgeordneten vorgesehen wurde. Ebner war schwer beleidigt und schloss die Session am 7. Juni, nach getaner Arbeit, „auf hoffentlich Nichtmehrwiedersehen“.¹⁵

Die Grundzüge für die neue Landesverfassung waren eine reife Leistung. Sie brachen mit der ständischen Tradition. In seiner demokratischen Qualität wies der Entwurf weit über die Zugeständnisse hinaus, die schließlich 1861 mit den Landesordnungen gemacht wurden.

Meine Damen und Herren, wenn Ganahl den Abgeordneten Servilismus vorwarf, entbehrte das nicht einer gewissen Pikanterie. Denn noch Anfang Februar hatte Oberschützenmeister Ganahl samt Adjutanten dem Kreishauptmann eigens in Bregenz seine Aufwartung gemacht, um ihm zur Ernennung zum „Hofrat“ zu gratulieren. An Eitelkeit schenkten beide einander nichts. Der Kreishauptmann war als Ständepräses quasi „Kreisoberstschützenmeister“ und damit Ganahls „Vorgesetzter“.

Die neue Schießstandordnung sah als Anreiz auch vom Staat dotierte Freischießen vor. Im August 1847 fand in Bregenz das erste „kaiserliche Freischießen“ in Vorarlberg statt. Feierlich zogen die Delegationen zum Fahnentempel in der Kaiserstraße. Voller Stolz übergab Ganahl die berühmte Fahne der „Bürgergarde“, deren Patenschaft Anna Freiin von Brandhofen, die Gemahlin Erzherzog Johanns, übernommen hatte. Die „Tiroler Schützen-Zeitung“ strich die „feurige[n] Worte“ Ganahls hervor - „voll Begeisterung für das Schützenwesen, Treue und Anhänglichkeit für Fürst und Vaterland kund gebend und die Bereitwilligkeit zur Vertheidigung beider im Namen aller gelobend“.¹⁶

Ein halbes Jahr später, als Oberschützenmeister Ganahl aufgerufen und berufen gewesen wäre, zur Bildung freiwilliger Schützenkompanien beizutragen, um die Grenzen Tirols zu sichern, war davon nicht mehr die Rede; obwohl der Fabrikant Ganahl an der Sicherung seines wichtigsten Marktes in Oberitalien großes Interesse haben musste. Da mochte Erzherzog Johann, Feldkirchs gefeierter „Oberstschützenmeister“, noch so flammende Appelle an die „*biedereren Tyroler und Vorarlberger*“ richten -¹⁷ Vorarlberg erhob sich nicht. Wieder zählte Bürgermeister Wohlwend zu jenen, die sich um die Rekrutierung Freiwilliger bemühten. Doch die Standschützen waren noch schlecht geschult und gerüstet, etliche wehrfähige Männer waren als Saisoniers im Ausland, Vorarlberg endete am Arlberg und Italien war weit. Selbst der gute Sold verlockte trotz schlechten Zeiten nur wenige.

Erst als Erzherzog Johann Ende Juni 1848 von der Nationalversammlung in Frankfurt zum „Reichsverweser“ – zum provisorischen Staatsoberhaupt eines künftigen Deutschen Reiches – gewählt wurde, bildeten sich in Vorarlberg in einem Anflug nationaler Begeisterung drei Landesschützenkompanien, um die „*deutschen Gränzen*“, die Südgrenzen des Deutschen Bundes, zu wahren.¹⁸ Am 17. Juli wurde in Feldkirch mit Pomp und nationalem Pathos die „1. Vorarlberger Freiwilligen-Kompanie“ verabschiedet.

Die Kompanie rekrutierte sich aus dem ganzen Land, auch Gymnasiasten schlossen sich an. Feldkircher gehörten der Kompanie relativ wenige an. Sie war kein „Kind“ der Feldkircher Schützengesellschaft. Immerhin stiftete Claudia Ganahl die Kompaniefahne, und offiziell lieh sie der Kompanie 28 Bajonettstutzen. – Während der Bludener Fabrikant und Unterschützenmeister Johann Gaßner an der Spitze einer Kompanie gegen Süden zog, schob Carl Ganahl seine Gattin als Mäzenin vor.

Ziel der Vorarlberger war das Stifiser Joch an der Grenze zur Schweiz und zu Piemont, wo eine Kompanie Vorarlberger Zollwache bereits seit April im Einsatz war. Die „Feldkircher Kompanie“ erhielt die Erlaubnis, weiter zu ziehen. Doch als sie in Ala, an der Südgrenze Welschtirols, ankam, hatte Feldmarschall Radetzky bereits gesiegt. Allerdings nicht zum Ruhme Deutschlands, sondern zur Rettung Österreichs. Radetzky's Erfolge festigten die kaiserliche Regierung in Wien, wo Felix Fürst Schwarzenberg als neuer Ministerpräsident die Zügel straffte. Im Oktober 1848 ließ er das Militär die Revolution in Wien niederschlagen. Der Reichstag wurde ins mährische

Kremsier verlegt. Im Dezember dankte der regierungsunfähige Kaiser Ferdinand zugunsten seines 18jährigen Neffen Franz Josef ab.

In Kremsier nahmen die Verfassungsberatungen eine für Vorarlberg alarmierende Entwicklung. Der „Kremsierer Entwurf“ für eine definitive Reichsverfassung sah nämlich die Angliederung Vorarlbergs an Tirol vor. Und der Tiroler Landtag lud die Vorarlberger zur Mitarbeit ein.

Noch einmal mobilisierte Bürgermeister Wohlwend die Stände, um die beiden Vorarlberger Reichstagsabgeordneten zu unterstützen. Ebner ärgerte sich, dass der „*falsche Feldkircher*“ hinter seinem Rücken Besprechungen abhielt.¹⁹ Nun wandten sich die Stände und Gemeinden mit einer Petition, datiert mit „*Feldkirch, am 1. März 1849*“, direkt an Kaiser Franz Josef. Sie wollten klar machen, „*daß Vorarlbergs ständische Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Tirol zum Wohle und Gedeihen dieses Landes eine unabweisbare Nothwendigkeit ist*“.²⁰

Ob und wann den Kaiser die Petition erreichte, bleibt zu prüfen. Jedenfalls war sie erfolglos. Bereits am 4. März 1849 ließ Franz Josef den Reichstag auflösen und aus eigener Macht eine Staatsverfassung kundmachen, die ebenfalls die Landeseinheit mit Tirol bestimmte. Im April wurden die österreichischen Abgeordneten aus Frankfurt abberufen. – Und dennoch, meine Damen und Herren, hängt im Feldkircher Schützenhaus eine Scheibe, die der Liberale Carl Ganahl am Jahrestag der Niederschlagung der Wiener Revolution stiftete, um „*Zur Freude aller Gutgesinnten*“ an diesen Verfassungsoktroj zu erinnern.²¹ – Wie ist das zu verstehen?

Nun, diese „Märzverfassung“ erfüllte die wesentlichen Forderungen des revolutionsmüden, liberal-konstitutionellen Bürgertums. Dass sie totes Recht bleiben und zu Sylvester 1851 aufgehoben werden würde, war noch nicht abzusehen. Zudem bedeutete sie eine Absage an großdeutsche Pläne, die den Vorarlberger Fabrikanten – bis 1918 – ungelegen waren.

Der Landtag hatte die deutsche Einheit, zumindest aber eine Zollunion gefordert. Vorarlberg war auf Getreide aus Süddeutschland angewiesen und die Landwirte erhofften sich bessere Exportmöglichkeiten. Auch die liberaldemokratische „Vorarlberger Zeitung“, die ab April 1849 als erste redaktionelle Zeitung Vorarlbergs in Feldkirch erschien, trat für die deutsche Zollunion ein. Die Fabrikanten hingegen wollten keine ausländische Konkurrenz im großen Österreich und die „Märzverfassung“ versprach eine Abschaffung aller Binnenzölle und damit eine Osterweiterung des

Binnenmarktes, die Integration des Agrarriesen Ungarn - was wieder die heimischen Landwirte fürchteten.

Im Dezember 1849 formierte sich unter Führung Ganahls ein „Verein der Industriellen Vorarlbergs“, der in Wien vertraulich gegen eine Zollunion intervenierte. Als der Handelsminister dies über die „Wiener Zeitung“ lancierte, war die Empörung in Vorarlberg groß. Doch es fand sich unter den Liberalen keiner mehr, der Ganahl offen die Stirn bieten wollte. *„Dann können wir nichts machen,“* resignierte Gymnasialprofessor Joseph Stocker, *„Ganahl ist hier wegen seine Rohheit so gefürchtet, daß keiner es wagt ihm entgegenzutreten.“*²² – Der revolutionäre Elan hatte sich verflüchtigt.

IV.

Wer sich nur auf das Scheitern der Revolution konzentriert, der übersieht, dass es auf Dauer kein Zurück mehr vor den März 1848 gab; und dass die neoabsolutistische Regierung den Veränderungsdruck zu tiefgreifenden Staatsreformen nützte, zu einer „Revolution von oben“, die bis heute nachwirkt. – Zum Teil wurden diese Reformen wieder zurückgenommen, doch spätestens nach zwanzig Jahren kamen sie voll zum Tragen.

Die Verlagerung der Kreisbehörde von Bregenz nach Feldkirch gelang Wohlwend nicht. Dennoch profitierte Feldkirch von dieser Staatsreform. Die aufblühende Industriestadt Feldkirch wurde gleichzeitig zum öffentlichen Dienstleistungszentrum und zu einer „Beamtenstadt“. Es wurde Sitz eines Landesgerichtes, der Staatsanwaltschaft, des Gendarmeriekommandos und der Finanz-Bezirksdirektion. Und dank Carl Ganahl wurde die neue Handelskammer von Bregenz nach Feldkirch verlegt. Denn mit Unterstützung des neuen Kreispräsidenten fand die Wahl des „Gutgesinnten“ zum Handelskammerpräsidenten schließlich die Bestätigung der Regierung.

Schon wenig später setzten ihn die Polizeibehörden wieder an die Spitze der zahlreichen radikal demokratisch Gesinnten in Feldkirch, unter denen sich etliche Standschützen finden. – Unter ihnen Fidel Wohlwend, der zur Regierung in Opposition ging.

Im Unterschied zu Turn- oder Gesangsvereinen konnten die Polizeibehörden die k.k. Schützengesellschaften nicht auflösen. So wurden sie zu Inseln bürgerlicher Demokratie in einem autoritären Staat. Als dieser 1859 ins

Wanken geriet, setzte sich Wohlwend erneut für die parlamentarische Unabhängigkeit Vorarlbergs ein. Diesmal mit Erfolg.

Fidel Wohlwend geriet beinahe in Vergessenheit. Vielleicht passte der moderate Gestalter einer modernen Landesdemokratie nicht recht ins Bild einer Geschichtsschreibung, die nach liberalen Heldenfiguren suchte. Doch vor der Vergessenheit waren auch Liberale „48er“ nicht gefeit: Wem sind Mathias Schmidt, Gebhard Seewald, Theodor Müller, Franz Esterle oder Franz Alexander Gunz ein Begriff? Wem wäre heute noch Carl Ganahl geläufig, wenn er nicht zum vermutlich reichsten und mächtigsten Mann Vorarlbergs aufgestiegen wäre?

V.

Wer war Carl Ganahl?

Ich weiß es nicht. Mir ist er noch zu wenig vertraut. Aus den Quellen zum Revolutionsjahr habe ich aber soviel Neues erfahren, dass ich den Jubelschriften nicht mehr ohne weiteres folgen kann.

Vielleicht war er ein großbürgerlicher „Revoluzzer“. Aber Revolutionär, das hat bereits Paula Geist klargestellt, war Carl Ganahl keiner. Revolutionäre wurden in Österreich verfolgt, eingekerkert oder erschossen, aber nicht zu Handelskammerpräsidenten ernannt.

Ganahl war kein Republikaner. Er war ein „Textilbaron“. An Gesellschaftsänderungen, die über den Kanon des liberalen Bürgertums hinausgingen, war Ganahl sicher nicht gelegen. Die Garantie bürgerlicher *Rechte* in einer Verfassung war ihm sehr wichtig, aber auch nur die Garantie *bürgerlicher* Rechte. Ansätze zu einer aufklärerischen Sozialreform finden wir bei ihm nicht.

Ganahl war kein liberaler Dogmatiker. Er war ein Pragmatiker, ein ungemein ehrgeiziger, tüchtiger und erfolgreicher Unternehmer, der gewohnt war, seine Ellenbogen einzusetzen. Es ist begreiflich, dass ein Fabrikant einen geschützten österreichischen Binnenmarkt einer deutschen Zollunion vorzog, auch wenn er damit ein wesentliches Ziel, ein Ideal der Revolution verriet. Die Vereinigung Vorarlbergs mit Tirol und die Beseitigung des Vorarlberger Landtags nahm er als Preis dafür zumindest in Kauf.

Carl Ganahl war ein Patriarch. Er „beherrschte“ ab 1861 den Landtag, die anderen hatten sich ihm demokratisch zu fügen. – Er war ein energischer wirtschaftsliberaler Unternehmer und Politiker, der wesentlich zur Modernisierung Vorarlbergs beitrug. Dass Ganahl sich „in seinen freiheitlichen Bestrebungen hauptsächlich von den Gedanken des Volkswohls und des Patriotismus leiten [ließ]“,²³ wie Paula Geist meinte, darf in Frage gestellt werden. Doch wenn er seine Unternehmerinteressen zum Leitfaden nahm, dann war das keinesfalls abwegig, sondern das Prinzip der freien Marktwirtschaft, das man durchaus mit Idealismus verfechten konnte.

Als Carl Ganahl 40 Jahre nach Revolution starb, versagten ihm deshalb selbst seine Gegner nicht den Respekt. Generös billigte ihm das katholisch-konservative „Vorarlberger Volksblatt“ zu: *„Carl Ganahl war ein Vorarlberger und hat seinem Lande nicht nur genützt, sondern ist auch wo er ihm geschadet hat, in der Absicht und der Meinung des Nutzens gewesen, obschon irrtümlich. Das Land wird des Guten am längsten gedenken, und wir mit ihm.“* Die heilige Ölung habe er noch erhalten, und gerne hätte man ihm auch die übrigen Sterbesakramente auf dem schweren Weg gegönnt, denn die letzte Rechnungslegung sei für uns alle eine bitter ernste Sache.²⁴ – Dieses Manko machten vielleicht seine Söhne wett. Im Stiftbrief für eine großzügige Freischießenstiftung, die Carl Ganahl testamentarisch verfügt hatte, bestimmten seine Söhne Rudolf und Arnold, dass für ihren seligen Vater zusätzlich zum üblichen Jahrtagsgottesdienst noch zwei Messen bei den Kapuzinern zu lesen sind.

¹ Vgl. zum Folgenden ausführlich: Ulrich NACHBAUR, Für Gott, Kaiser und Vaterland? Oberschützenmeister Carl Ganahl und seine Feldkircher Standschützen in den Revolutionsjahren 1848/49. In: „... haßt als warmer Republikaner die Fürsten“. Beiträge zur Revolution 1848/49 in Vorarlberg, hg. von Alois NIEDERSTÄTTER/Wolfgang SCHEFFKNECHT. Regensburg (Alemannia Studens Sonderband 4) 1998, S. 75-138.

² Paula GEIST, Geschichte Vorarlbergs im Jahre 1848/49 (Forschungen zur Geschichte Vorarlbergs und Liechtensteins). Bern/Bregenz/Stuttgart 1922, S. 153.

³ Ebenda, S. 60.

⁴ Provinzial-Handbuch von Tirol und Vorarlberg 1848. Innsbruck o. J., S. 252.

⁵ Vorschlag zu einer provisorischen Stände-Wahlordnung für Vorarlberg. In: Bote für Tirol und Vorarlberg 13.04.1848, S. 168-169; Vorarlberger Landesarchiv [fortan: VLA]: Patente 1848/04/02.

⁶ Ebner-Tagebuch 1848, transkribiert von Ilse WEGSCHEIDER, red. von Gertrud TIEFENTHALER/Rupert TIEFENTHALER. Feldkirch 1998, sub 30.03.1848 (Original: Vorarlberger Landesarchiv: Bibliotheksgut 192/3), sub. 03.03.1848.

-
- ⁷ Ebner-Tagebuch 1836, transkribiert von Elmar SCHALLERT, red. von Gertrud TIEFENTHALER/Rupert TIEFENTHALER. Feldkirch 1994, sub 01.06.1836 (Original: Vorarlberger Landesarchiv: Bibliotheksgut 192/3), sub. 03.03.1848.
- ⁸ Vorarlberger Landesarchiv [fortan: VLA]: Kreisamt für Vorarlberg I [fortan: KA I] Präs-XXIII-317/1847: Ebner an Landespräsidium 26.08.1847.
- ⁹ VLA: KA I Präs-XXIII-348/1848: Ebner an Landespräsidium, Bregenz 19.04.1848; ediert in: Cornelia ALBERTANI/Ulrich NACHBAUR, Amtliche Berichte über die politische Lage in Vorarlberg 1848/49. In: „... haßt als warmer Republikaner die Fürsten“. Beiträge zur Revolution 1848/49 in Vorarlberg, hg. von Alois NIEDERSTÄTTER/Wolfgang SCHEFFKNECHT (Alemannia Studens Sonderband 4). Regensburg 1998, S. 229-248, hier S. 236.
- ¹⁰ Wie Anm. 6.
- ¹¹ VLA: Patente 1848/06/07
- ¹² Ebner-Tagebuch 1848 (wie Anm. 4), sub 06.06.1848; auch ediert in: Protokolle des Vorarlberger Landtages 1848, ediert von Cornelia ALBERTANI/Ulrich NACHBAUR. In: „... haßt als warmer Republikaner die Fürsten“. Beiträge zur Revolution 1848/49 in Vorarlberg, hg. von Alois NIEDERSTÄTTER/Wolfgang SCHEFFKNECHT (Alemannia Studens Sonderband 4). Regensburg 1998, S. 249-278, hier S. 270 Anm. 77.
- ¹³ Wie Anm. 9
- ¹⁴ Ebner-Tagebuch 1848 (wie Anm. 4), sub 22.05.1848; auch ediert in: ALBERTANI/NACHBAUR Protokolle (wie Anm. 12), s. 253 Anm. 33.
- ¹⁵ Ebner-Tagebuch 1848 (wie Anm. 4), sub 07.06.1848; auch ediert in: ALBERTANI/NACHBAUR, Protokolle 1848 (wie Anm. 12), S. 275 Anm. 104.
- ¹⁶ Tiroler Schützen-Zeitung 2 (1847), S. 318
- ¹⁷ Bote für Tirol und Vorarlberg 15.04.1848, S. 171.
- ¹⁸ Bote für Tirol und Vorarlberg 22.07.1848, S. 417.
- ¹⁹ Ebner-Tagebuch 1849, transkribiert von Silke WEGGEL, red. von Gertrud TIEFENTHALER/Rupert TIEFENTHALER. Feldkirch 1999, sub 13.02.1849.
- ²⁰ VLA: Patente 1848/03/01.
- ²¹ NACHBAUR, Für Gott, Kaiser und Vaterland (wie Anm. 1), S. 129 u. 137.
- ²² VLA: Bibliotheksgut 193, Ergänzung zum Ebner-Tagebuch: Johann Georg Hummel an Ebner 07.05.1850.
- ²³ GEIST, Geschichte (wie Anm. 2), S. 59.
- ²⁴ Vorarlberger Volksblatt 18.09.1889, S. 1190.